

Analyse

Edgar Tamayo Der mexikanische Polizistenmörder soll in den USA hingerichtet werden. *Von Sandro Benini*

Der zurückgebliebene Todeskandidat

Fast 20 Jahre ist es her, seit der Mexikaner Edgar Tamayo vor einem Nachtclub in Houston jemanden ausgeraubt hat. Das Opfer winkte den vorbeifahrenden Polizisten Guy Gaddis herbei, der Tamayo verhaftete. Da er den Täter zu wenig gründlich abtastete, bemerkte er nicht, dass der bewaffnet war. Auf der Fahrt ins Gefängnis gelang es dem damals 27-jährigen Tamayo trotz Handschellen, die Pistole zu ziehen und den Polizisten von hinten zu erschiessen.

Das Auto prallte in ein Haus, der Mörder floh mit gefesselten Händen und wurde ein paar Strassenzüge weiter abermals verhaftet. Er sagte, er sei wütend auf Gaddis gewesen, weil ihm dieser nach der Festnahme nicht erlaubt habe, seiner Ehefrau den Hausschlüssel zu übergeben. Ein Gericht in Texas verurteilte den Mexikaner am 18. November 1994 zum Tode. Die Hinrichtung mittels Giftspritze ist auf den 22. Januar 2014 angesetzt.



Tamayo hat einen IQ von 61, kann also als geistig behindert gelten. Doch in Texas ist das kein Grund, auf die Vollstreckung des Todesurteils zu verzichten. Seiner Anwältin zufolge begreift er, was ihn erwartet. In Mexiko wird die bevorstehende Hinrichtung als schwere Demütigung durch den nördlichen Nachbarn empfunden. Denn nach der Verhaftung hätte Tamayo das Recht gehabt, die mexikanische Botschaft zu kontaktieren und um konsularischen Schutz zu bitten. Dieses Recht verwehrte ihm die US-Justiz, womit sie gegen Artikel 36 der Wiener Konvention versties.

Dasselbe widerfuhr 50 anderen Mexikanern, die ebenfalls zum Tode verurteilt wurden. Mexiko zog deshalb vor den Internationalen Gerichtshof in Den Haag. 2004 erging ein Urteil, wonach die amerikanische Justiz in

jedem einzelnen Fall überprüfen muss, ob der fehlende konsularische Schutz den Prozess und das Verdikt zulasten der Angeklagten beeinflusst habe. Lediglich in neun Fällen wurde das Todesurteil darauf in lebenslange Haft umgewandelt; 38 mexikanische Häftlinge warten noch immer darauf, dass amerikanische Richter das Urteil des UNO-Tribunals befolgen. Einer ist in der Zwischenzeit verstorben, zwei Mexikaner wurden hingerichtet. Sollte Tamayo dasselbe widerfahren, würde der Weltöffentlichkeit einmal mehr vor Augen geführt: Die Amerikaner akzeptieren internationales Recht nur, wenn es ihnen passt. Ansonsten foutieren sie sich darum.

Das ist mittlerweile sogar der US-Regierung peinlich. Aussenminister John Kerry hat den texanischen Gouverneur Rick Perry aufgefordert, die Hinrichtung zu verschieben. Auch sein

mexikanischer Amtskollege José Antonio Meade, die UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte, mexikanische Abgeordnete und EU-Parlamentarier setzen sich für Tamayo ein. Kerry schreibt: «Wir können anderen Ländern gegenüber nicht auf konsularischen Schutz für einen verhafteten US-Bürger bestehen, wenn wir uns selber nicht an die Vereinbarung halten.»

Bisher deutet nichts darauf hin, dass diese Logik dem republikanischen Gouverneur von Texas einleuchtet. Mexikos Empörung ist allerdings nicht ganz frei von Heuchelei: Denn im Falle der aus Frankreich stammenden angeblichen Entführerin Florence Cassez waren es mexikanische Behörden, die gegen Artikel 36 der Wiener Konvention versties. Immerhin führte das Versäumnis zu Cassez' Freilassung - aber erst, nachdem sie acht Jahre in einem mexikanischen Gefängnis gegessen hatte.

Kolumne **Rudolf Strahm**

Die Besserwisser sollten sich entschuldigen

Vor fünf Jahren herrschte weltweit Katastrophenstimmung zu Silvester. Das globale Bankensystem war kurz zuvor knapp einem Kollaps entgangen. Teams der wichtigsten Notenbanken koordinierten damals in nächtlichen Videokonferenzen ihre Kriseninterventionen, und niemand wusste, ob es gelingen würde, das Finanzsystem zu stabilisieren. Was drohte, war ein Bankencrash wie 1929. Dieser hatte die Welt in die grosse Wirtschaftskrise mit Massenarbeitslosigkeit gestürzt - der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg waren die Folge.

Von einer solchen Katastrophe sind wir heute weit entfernt. Die giergetriebenen «Masters of the Universe», als die sich die machversessenen Banker verstanden hatten, sind in die Schranken gewiesen. Sie sitzen entzaubert in Villen in Florida, an der Côte d'Azur oder in Wollerau - und spielen Golf.

Die Krise hat Millionen von Menschen weltweit aus dem Arbeitsmarkt geworfen. Die Regierungen mussten zur Bankenrettung die Staatsverschuldung mehr als verdoppeln. Das Grundprinzip des modernen Kapitalismus kam bei diesen Interventionen zum Tragen. Es heisst: Die Gewinne privat - und die Kosten dem Staat! Noch ist die Krise nicht vollständig bewältigt. Strukturprobleme bleiben. Aber heute, am Jahresende 2013, darf man wieder mit einiger Zuversicht in die Zukunft blicken. In der Schweiz noch mehr als anderswo.

Rasch und pragmatisch

Bei allen Mängeln im Krisenmanagement ist zu würdigen, dass die staatlichen Instanzen der westlichen Welt von Anfang an Gegenmassnahmen ergriffen und untereinander effizient koordinierten. Die Notenbanken stabilisierten mit einer Gewaltanstrengung und unter blitzartiger Preisgabe alter Dogmen die Finanzmärkte. Die Helden dieses Kraftakts hiessen unter anderem Ben Bernanke (Fed), Mario Draghi (EZB), Philipp Hildebrand und Thomas Jordan (beide SNB). Sie ergriffen pragmatisch und rascher als ihre Regierungen wichtige Massnahmen.

Wohl kein ernst zu nehmender Wirtschaftswissenschaftler würde heute bestreiten, dass es die staatlichen Behörden und ihre Notenbanken waren, die das wankende Finanzsystem vor dem Crash retteten. Und nun sind die Regierungen daran, das

Finanzsystem für die Zukunft sicherer zu machen.

Erstaunlich, was die politisch geschundene EU im vergangenen Jahr trotz (oder dank) der historischen Fehlkonstruktion, das produktivitätsschwache Südeuropa in die Eurozone einzubinden, geschaffen hat: eine Bankenunion mit einheitlicher Bankenaufsicht, eine unionsweite Budgetkontrolle, einen Mechanismus zur Währungsstabilisierung und einen gemeinsamen, wenn auch begrenzten Bankenrettungsfonds. Dieses System, das erst in Zukunft voll greifen wird, ist in einem komplexen, nicht gradlinigen Prozess zustande gekommen; letztlich hat sich die EU als entscheidungsstark erwiesen. Ihr Krisenmanagement hat funktioniert!

Verfehlte Kritik

Erinnern wir uns an die Kritiker und Besserwisser der monetaristischen und neoliberalen Denkschulen, die mitten in der Krise den Notenbanken in den Rücken fielen? Erinnern wir uns, wie die amerikanischen Tea-Party-Extremisten das Fed gleich abschaffen wollten? Erinnern wir uns an die persönlichen Attacken von Christoph Blocher, Roger Köppel, Beat Kappeler und einzelner Bankdirektoren gegen Philipp Hildebrand und die gesamte Nationalbankleitung, die als «Falschmünzer» titulierte wurden?

Diese Kritiker waren Gefangene ihrer überholten Dogmen. Oder erinnern wir uns, wie Gerhard Schwarz, damals Wirtschaftschef bei der NZZ und heute Direktor der neoliberalen Denkfabrik Avenir Suisse, seit über sechs Jahren vor einer hohen Inflation warnt (die nicht eingetreten ist), seine Nachfolger im NZZ-Börsenteil desgleichen?

Eigentlich müssten sich diese Besserwisser heute entschuldigen für ihre persönlichen Verbalattacken und ihre sachlichen Fehleinschätzungen. Hätten die Notenbankchefs vor ihnen kapituliert, hätten wir viel grössere Probleme zu bewältigen als die hohen Kosten, welche die Stabilisierungsmassnahmen und die Konjunkturstützung mit sich gebracht haben.

Doch keiner der damaligen Kritiker wird sich je entschuldigen. Und keiner wird seine Meinung ändern. Alle werden ihre Dogmen weiter pflegen.

Weshalb sind die Ökonomen nach einer solchen Krise so wenig lernfähig? Weil Wirtschaftswissenschaft eben keine exakte Wissenschaft ist, sondern

Weltanschauung, angereichert mit etwas Statistik und scheinexakten mathematischen Modellen. Wirtschaftswissen basiert im Grunde auf Glaubensdogmen.

Die neoliberale Mainstream-Ökonomie hat drei unverrückbare Dogmen, die in Variationen unterschiedlich immer wieder auftauchen.

Erstens: Die Privatwirtschaft ist effizient, der Staat ist ineffizient.

Zweitens: Der freie Markt ist unfehlbar und führt stets zur besten Lösung.

Und drittens: Die Notenbanken sollen (natürlich im Interesse der Anleger) nur die Inflation bekämpfen und nie die Arbeitslosigkeit.

Solche Dogmen sind Glaubenssache und korrekturresistent. (Allerdings wäre es ebenso falsch, sie einfach ins pure Gegenteil umzukehren.) Die Marktgläubigkeit hat eine quasi-religiöse Dimension, fast wie bei einer Sekte. Keine Erfahrung in der Wirtschaftswirklichkeit kann den Glauben erschüttern.

Wie Fundamentalisten

Im Buch «Man muss dran glauben. Die Theologie der Märkte» zeigt der Autor Jochen Hörisch anhand unzähliger Texte plastisch: Ökonomie und Religion sind eng verwandt. Der Glaube an die Selbstheilungskraft des freien Marktes und die antistaatliche Glaubensfixierung sind genauso unverrückbar wie die Glaubensdogmen religiöser Fundamentalisten.

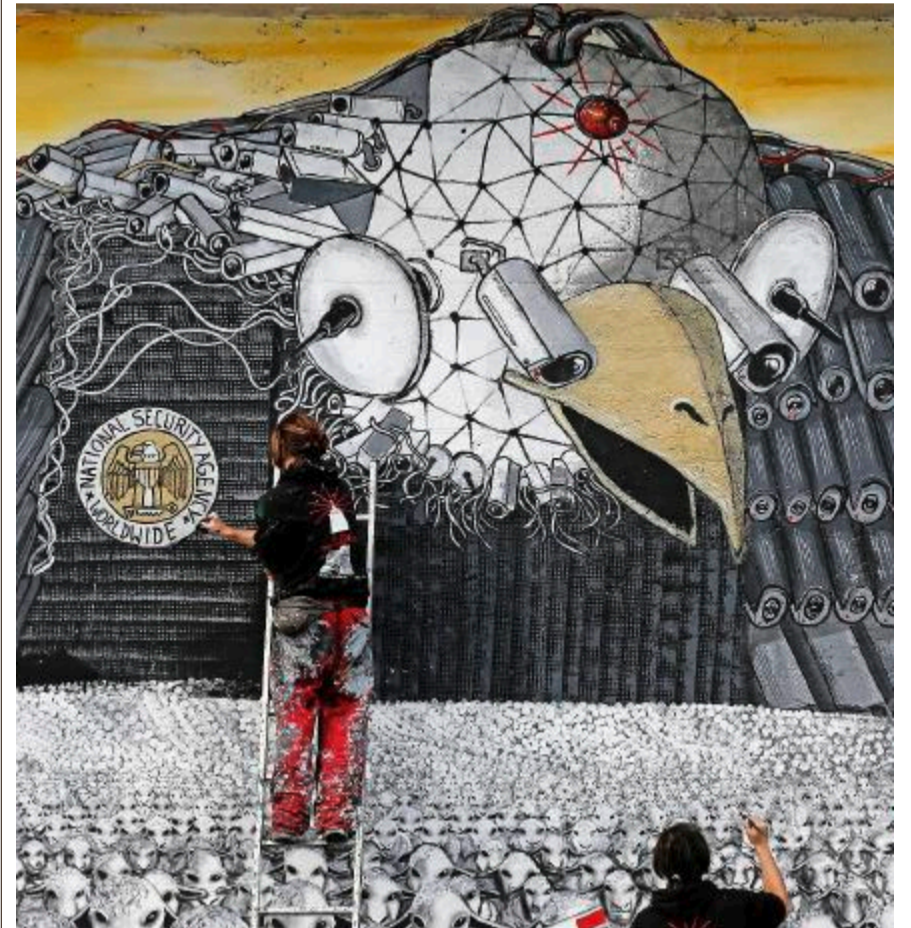
Die hinter uns liegende Finanzkrise hat uns immerhin gelehrt: Die Institutionen demokratischer Staaten sind fähig, ein ausser Rand und Band geratenes Wirtschaftssystem zu stabilisieren und die Menschen so gut es geht vor Schaden zu schützen. Nur sie können Vertrauen wiederherstellen.

Wir Ökonomen sollten nach diesem historischen Wirtschaftsdebakel etwas demütiger und bescheidener werden - und die Bürger gegenüber den Wirtschaftsleuten viel kritischer und selbstbewusster!



Rudolf Strahm

Der Ex-Preisüberwacher wechselt sich mit Politgeograf Michael Hermann und mit der Autorin und Schriftstellerin Laura de Weck ab.



«Surveillance of the Fittest»: Ein Protestwerk gegen die NSA-Spionage. Foto: Keystone

NSA Der US-Geheimdienst entwickelt eigene Hard- und Software zum Spionieren. *Von Martin Kilian*

An der IT-Front

Mittels eigens angefertigter Hardware-Implantaten sowie spezieller Spähsoftware erschliesst sich die NSA immer neue Ziele. Laut dem Nachrichtenmagazin «Der Spiegel» verfügt der US-Geheimdienst über eine Spezialeinheit, die sich ausschliesslich mit der Herstellung von Spähprodukten befasst und über regelrechte «Werkzeugkästen» verfügt. Der Bericht stützt sich auf Dokumente des ehemaligen NSA-Mitarbeiters Edward Snowden.

Die NSA-Abteilung Tailored Access Operations (TAO), der besonders knifflige Operationen obliegen, wendet sich offenbar an die Spezialeinheit Advanced Network Technology (ANT), wenn sie Rechner, Server oder Networking-Ausrüstung mit speziellen Mitteln abschöpfen will. ANT liefert unter anderem manipulierte Monitorkabel und USB-Stecker, Mobilfunk-Horchposten sowie Spähsoftware, die in einem Katalog samt Preisen aufgelistet sind. Ein manipuliertes Monitorkabel zum Beispiel, das es erlaubt, einen Bildschirm zu beobachten, kostet nur 30 Dollar. Andere Hardware kann bis zu einer Million Dollar kosten.

Unter anderem baut ANT manipulierte Basisstationen für Handys, die

eine lückenlose Überwachung der Telefone erlauben. Erwähnt wird in den Dokumenten zudem eine Spähsoftware namens Validator, die laut der NSA «eine einzigartige Hintertür» auf Personalcomputern einbaut. Selbst Windows-Problemberichte an Microsoft schöpft der Dienst ab: Sie seien «eine hübsche Methode», um sich «passiven Zugriff» zu verschaffen.

Besonders schwerwiegend scheint, dass die ANT-Werkzeugmacher spezielle Schadstoffsoftware und Hardware-Implantate für Produkte namhafter amerikanischer IT-Unternehmen wie Cisco, Juniper, Dell und Hewlett-Packard entwickelt haben. Auch Festplatten von Seagate und Western Digital werden angezapft. Die betroffenen Firmen, die jede Kollaboration mit dem Geheimdienst bestreiten, sind zunehmend besorgt, dass ihre Produkte von potenziellen Käufern als trojanische Pferde abgelehnt werden.

In einer ersten Stellungnahme gibt die NSA sich unbeirrt angesichts der jüngsten Enthüllungen und der damit einhergehenden Kritik: Die TAO verteidigt «die Nation und ihre Verbündeten an vorderster Front».